



Verlierer der Corona-Krise

Manche Gruppen werden beim Impfen abgehängt

VON FRANZISKA HOLZSCHUH

Ein Virus, hieß früher einmal, sei ein Gleichmacher. Quasi demokratisch könne es jeden befallen, mache nicht Halt vor sozialem Status, unterscheide nicht zwischen arm und reich. Das war vielleicht einmal so, heute stimmt dieser Satz längst nicht mehr. Man weiß es von Intensivmedizinern, die Stationen sind überproportional belegt mit Menschen, die nicht zu den oberen Zehntausend gehören (auch wenn die sich natürlich auch infizieren können). Corona ist besonders gefährlich für Menschen, die ohnehin im Leben kämpfen müssen: Wer in der Fabrik am Band arbeitet oder in anderen Präsenzjobs, in denen man Kollegen nicht aus dem Weg gehen kann. Wer seine Kinder daher nicht im Homeoffice betreuen kann. Wer weiterhin auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist. In einer kleinen, engen Wohnung mit vielen Menschen lebt.

Nett, aber nur auf deutsch

Dass dieser Mechanismus greifen würde, war logisch und vorhersehbar. Sich darauf eingestellt (und adäquat reagiert) hat die Politik nicht. Nürnberg etwa hat vor Monaten eine durchaus sehenswerte Plakatkampagne ins Leben gerufen, für die AHA-Regeln geworben, nett umgesetzt und schön sichtbar für alle. Nur eben rein auf deutsch. (S. 10) Dabei hat rund die Hälfte der Nürnberger einen Migrationshintergrund, ein nicht zu vernachlässigender Teil spricht eben nicht gut (genug) deutsch. Auch jetzt, da die Impfkampagne immer mehr greift,

sehen wir: Vor dem Corona-Virus sind nicht alle gleich. Während sich die einen schon in diversen Hausarztpraxen für eine Impfung vorgemerkt haben, stehen die anderen auf keiner Liste. Das hat nicht unbedingt etwas damit zu tun, dass Letztere nicht wollen - das Thema Impfen ist aber untrennbar mit einer vernünftigen Aufklärung verbunden. Die läuft gut für bestimmte Bevölkerungsschichten. Doch für Menschen, die kaum Deutsch sprechen? Die keine Tageszeitung, kein www.nordbayern.de oder andere Medienseiten lesen? Die fallen durchs Raster.

Da wirkt der Verweis der bayerischen Staatsregierung, man habe doch mehrsprachige Impfbroschüren, eher hilflos. Und die Weigerung, das Impfportal zumindest in den zwei, drei wichtigsten Fremdsprachen zu programmieren, armselig (S. 13). Es gibt richtige Ansätze: Das Impfen bei den Tafeln oder - wie in Nürnberg - in ausgewählten Stadtteilen, die stark betroffen sind. Doch die Aktionen kommen spät und werden wohl nicht ausreichen, um genügend Menschen anzusprechen.

Denn noch mag es zu wenig Impfstoff geben und die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigen. Doch es ist absehbar, dass sich das umdrehen wird. Dann müssen viele Menschen überzeugt und ermuntert werden, sich die Vakzine verabreichen zu lassen. Nur so können wir das Ziel Herdenimmunität, das uns allen wieder ein normales Leben ermöglichen kann, erreichen.

✉ franziska.holzschuh@pressternetz.de



Der „Boss“ in der Blase

JUDENHASS unter Jugendlichen: Was junge Menschen dazu treibt und wie wir sie erreichen.

VON JOHANNA HUSAREK

NÜRNBERG/BERLIN - Was in aller Welt bringt Jugendliche in Nürnberg dazu, Sätze zu brüllen wie „Kindermörder Israel“ oder „Israel Terrorist“? Was geht in einem jungen Mann vor, der auf dem Jakobsplatz unter den Augen der Polizei ein Schild hochhält, auf dem eine durchgestrichene Israelflagge zu sehen ist?

Für Migrationsforscher stehen solche Fragen jetzt im Fokus. Denn nur wer versteht, was junge Menschen zu Hetze, ob auf Kundgebungen, auf dem Schulhof oder in Foren verleitet, kann auch dagegen vorgehen.

Während viele Politiker nach den antisemitischen Vorfällen in mehreren Städten nun ein hartes Vorgehen gegen die Demonstranten fordern und nach einer Bündelung aller Kräfte im Kampf gegen den Judenhass rufen, suchen Migrationswissenschaftler wie Professor Wolfgang Kaschuba nach den Wurzeln des Hasses und wie man dort ansetzen kann.

„Wir müssen diese enthemmten Jugendlichen, die in ihrer Blase unterwegs sind, und auch von Eltern und Imamen beeinflusst werden, erreichen. Wir müssen ihnen Gefühle des Respekts vermitteln und ihnen klar machen, dass es bei uns gesellschaftlicher Konsens ist, unsere jüdischen Mitbürger zu schützen, zu achten und zu verteidigen“, betont der Kultur- und Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität.

Schnelle Antworten, einfache Ideen, gebe es jedoch nicht. Es sei eine Vielzahl von Ansätzen nötig, um die Enthemmten so zu integrieren, „wie wir es uns das vorstellen. Denn wir vergessen, dass hinter ihren Einstellungen persönliche und familienbiographische Verhältnisse stehen“, betont Kaschuba. Dies solle allerdings nicht einen einzigen Tabubruch entschuldigen.

„Da ist die Polizei jetzt in hohem Maß gefordert, aber auch die Medien und die Sozialarbeit, um die Jugendlichen aus ihren Kästen und Kategorien zu holen“, erklärt er. „Wir müssen außerdem radikale Konsequenzen in den Schulen ziehen und andere Formen des Unterrichts anbieten, beispielsweise mehr Gruppenarbeit“, fordert der Professor, der auch Gründungsmitglied des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung ist.

Ganz praktisch gesprochen: Der „Boss“ einer arabischstämmigen „Gang“ in der Klasse könne nur in

einer Kleingruppe mit seiner Meinung isoliert und aufgeklärt werden. Doch dafür brauche es mehr Lehrer an den Schulen und Moderatoren von außen, fordert Kaschuba. „Sonst treten Lehrer nur in ein Minenfeld und diese Konfrontation tut sich keiner zweimal an.“

Denn auch wenn das Schlaglicht derzeit auf den antisemitischen Kundgebungen liegt – der Judenhass ist längst in unserem Alltag angekommen, auf Schulhöfen, in Klassen, in Foren und Satelliten- sendern. Das Wort „Jude“ als Schimpfwort ist da nur der Anfang, der Anschlag auf die Synagoge in Halle das vorläufige Ende.

Aber wie kann das passieren, was lief in der Integration schiefe? Sind diese jungen Menschen, ob arabisch, muslimisch, islamisch, deutsch oder türkisch, nicht alle hier aufgewachsen? „Manche haben nicht das Gefühl, dass wir ihre Gesellschaft sind, sie haben andere biografische Einflüsse erfahren“, weiß Kaschuba. „Der ganz harte Kern, der von Familien und Imamen beeinflusst wird, begeht bewusst Regelverletzungen.“

Andere Migranten lassen sich von emotionalen Bildern im Internet zu Hassstrahlen verleiten, wieder andere himmeln palästinensische Rapper an. Doch die Mehrheit von ihnen ist, das unterstreichen Umfragen und die Kriminalstatistiken, weit entfernt von antisemitischen Einstellungen und Straftaten. „Ich arbeite mit solchen Jugendlichen seit Jahren

zusammen, das ist überhaupt keine homogene Gruppe. Ich kenne genug Migranten, die sehr differenziert und sachlich mit dem Nahost-Konflikt umgehen“, erklärt Ahmad Mansour, Psychologe und Bestseller-Autor aus Berlin.

„Aber es gibt eine große Gruppe unter Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund, die leider seit Jahren antisemitische Bilder in sich tragen“ mahnte der Islam-Kenner gegenüber der *Bild*. Bei vielen bleibe es bei Parolen, dennoch sei der Hass ernst zu nehmen. Denn eine kleine Minderheit radikalisiere sich weiter.

Wissenschaftler wie er, die offen über den Konflikt redeten, erhielten Morddrohungen und verspürten Angst. Viele Juden fürchteten sich, wenn sie Kipa tragen, einkaufen gehen oder ihre Kinder zum jüdischen Gymnasium bringen. Auch für unsere Demokratie und unser Bildungssystem sei der moderne Antisemitismus gefährlich.

Während er bei rechtem Rassismus eine klare Entscheidung, eine klare Sprache sehe, vermisse er diese, „wenn es um muslimischen Antisemitismus geht“. „Der Kampf wird nicht ernst genommen. Wir veranstalten Mahnwachen, dann vergessen wir das“, kritisiert er. Die Politik sei zu statisch, würde sich nicht bewegen, moniert auch Wolfgang Kaschuba. „Wir haben versäumt, die Ergebnisse der Einwanderung zu beleuchten, und wir ignorieren, dass wir ein Land mit Menschen sind, die eine Geschichte außerhalb unseres nationalen Rahmens haben.“

Was also müsste geschehen? „Wenn wir eine vielfältige Gesellschaft haben wollen, müssen wir klar kommunizieren, dass das Existenzrecht Israels in Deutschland nicht verhandelbar ist“, betont Mansour. Außerdem brauche es eine wirkliche Analyse, schrieb er bereits 2012 in einem bildungspolitischen Beitrag.

Auch eine innerislamische Auseinandersetzung mit dem Thema sei unverzichtbar. Nicht zuletzt laufe in den Schulen einiges falsch: Der Unterricht in Geschichte und Gesellschaftskunde sei im Kampf gegen den Antisemitismus jedenfalls wirkungslos. Junge Muslime blieben von der deutschen Historie unberührt.

„Wir veranstalten Mahnwachen, dann vergessen wir das“



Klare Kante und neue Ansätze

Antisemitismus sollte alle in Aktion versetzen

VON JOHANNA HUSAREK

Die Bilder von Jugendlichen, die auf offener Straße ihren Judenhass heraus brüllen, ob in Berlin oder Nürnberg, machen Angst. Ein Reflex, der berechtigt ist, aber jetzt überwunden werden und in Analyse, Auseinandersetzung und Aktion münden muss. Denn Deutschland hat den Judenhass, der aus den verschiedensten Ecken unserer Migrationsgesellschaft kommt, viel zu lange geduldet und vor allem nicht auf warnende Beispiele reagiert. Wer sind diese enthemmten Jugendlichen, die Parolen gegen Israel ausrufen – Migranten, Flüchtlinge, Muslime, Deutsche? Was treibt

sie an? Solche Fragen können einige Migrationsforscher schlüssig beantworten, doch im Großen fehlt es an Studien. Um es klar zu sagen: Es gibt keine „die da“ und „wir“. Diese jungen Menschen kommen aus unserer Mitte, leben aber in ihren eigenen Blasen. Ihren Hass zeigen sie längst unverhohlen auf Schulhöfen, in Klassen und in Foren. Was wir jetzt brauchen sind neue Ansätze in der Jugendarbeit, in Schulen und Medien. Dazu eine Gesellschaft, die solche Regelverletzungen null toleriert. Und Politiker, die für unser Einwanderungsland Konzepte und Ideen haben.

✉ johanna.husarek@pressternetz.de



Schwachpunkt ausgemerzt

EU findet mit Erasmus+ den richtigen Ansatz

VON DETLEF DREWES

Erasmus ist tatsächlich eine europäische Erfolgsgeschichte. In den fast 34 Jahren seit der Gründung des Programms haben Generationen von Schülern und Studierenden mit Hilfe der EU eine Zeit im Ausland verbringen können. Und auch wenn das Projekt stetig gewachsen ist, so hat es doch lange - sogar zu lange - gedauert, bis ein gravierender Schwachpunkt ausgemerzt werden konnte (S. 4). Denn die Zuschüsse, die junge Leute aus der EU-Kasse bekommen, decken nicht alle Kosten. Bisher blieben sie stets darauf angewiesen, dass sie entweder von zu Hause oder durch Eigen-

leistung auch den Rest finanzieren konnten. Dabei fielen nicht selten jene durch das Raster, die mit einem Handicap leben müssen oder eben keine Chance hatten, vom Elternhaus zusätzliche Gelder zu bekommen. Nun soll das anders werden. Erasmus+ anno 2021 setzt neue Schwerpunkte: Finanzielle Hilfen für diesen Personenkreis gehören dazu. Und wer dann noch seine Reise so plant, dass er nur mit nachhaltigen Verkehrsmitteln unterwegs ist, darf auf zusätzliches Geld hoffen. So ist Erasmus+ zu einer Säule der Integration zwischen den Mitgliedstaaten geworden.

✉ detlef.drewes@pressternetz.de



Kulturwissenschaftler Wolfgang Kaschuba.

Foto: Sophia Kemowski/picture alliance/dpa



Foto: Dirk Knofe/dpa

Demonstranten halten ein Transparent mit der Aufschrift „Antisemitismus bekämpfen“. So wie in Leipzig haben sich auch in vielen anderen Städten Menschen gegen den Hass ausgesprochen.

„Was darf ich sagen, ohne Antisemit zu sein?“

NAHOSTKONFLIKT Der Berliner Forscher Uffa Jensen befasst sich seit Jahrzehnten mit dem Reden über Israel und das Judentum.

Wo endet die zulässige Kritik am Handeln der israelischen Regierung und wo beginnt das Verbreiten antisemitischer Äußerungen? Eine Frage, die sich angesichts des Nahostkonflikts im Moment sehr oft stellt. Wir sprachen mit dem Wissenschaftler Uffa Jensen, der sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Antisemitismus befasst.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat nach den Ausschreitungen bei Demonstrationen am Wochenende gesagt, man dürfe Israels Verhalten im Nahostkonflikt zwar scharf kritisieren und laut dagegen protestieren, aber keine Hassbotschaften senden. Ist es denn immer so leicht zu entscheiden, wo genau die Grenzen des Erlaubten überschritten werden?

Diese Frage treibt auch uns Wissenschaftler immer wieder um. Eine Grundregel bei der Bewertung solcher Aussagen lautet: In welchem Kontext stehen sie? Werden zum Beispiel der israelische Staat und die jüdische Religion gleichgesetzt, dann ist klar eine Grenze überschritten. Das ist auch dann der Fall, wenn Menschen jüdischen Glaubens in der ganzen Welt für das Geschehen im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden. Bei manchen Ereignissen kann man auch schnell zu einem Urteil kommen, wie etwa jetzt in Gelsenkirchen...

Sie meinen die Demonstration vor einer Synagoge?

Ja, da war bereits die Ortswahl das entscheidende Problem. Es wurde ein religiöser Ort ausgewählt, um politischen Protest auszudrücken. Mit anderen Worten: Man machte eine Glaubensgemeinschaft in Deutschland für etwas verantwortlich, was sich zwischen Israel und den Palästinensern ereignet. Das war von vorneherein unangemessen. Unabhängig davon, was sich konkret ereignete.

ZUR PERSON



Foto: Alexander Rentsch

Professor **Uffa Jensen** [51] ist seit vier Jahren stellvertretender Leiter des Instituts für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Der Historiker forscht unter anderem zur modernen jüdischen Geschichte sowie zur Geschichte der Psychoanalyse und des Antisemitismus. Jensen zählt zu den Erstunterzeichnern der „Jerusalem Erklärung“ vom März 2021, die für eine präzisere Neudefinition des Antisemitismus plädiert.

Was antworten Sie, wenn jemand im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sagt: „Ich weiß schon gar nicht mehr, was ich alles noch sagen darf und was nicht.“

Man muss aufpassen, dass man bei der konkreten Sache bleibt, die man kritisieren will – zum Beispiel wie aktuell bei konkretem Vorgehen der israelischen Armee oder generell bei der israelischen Siedlungspolitik. Das ist meistens vom Grundgesetz gedeckte Kritik. Dagegen gibt es nichts einzuwenden. Wenn man aber in dem Zusammenhang die Israelis als „Kindermörder“ bezeichnet, dann ruft man jahrhundertealte Vorurteile auf. Ich meine damit die seit dem Mittelalter existierende Legende, Juden entführten Kinder und missbrauchten sie für rituelle Zwecke. Das ist ganz klar antisemitisch.

In den sozialen Netzwerken dauert es meist nicht lange, bis Debatten über den Nahostkonflikt entgleisen. Warum ist das so?

Ich denke, das ist in Deutschland immer noch eine Folge des Nationalsozialismus und des Holocaust. Wir haben es mit vielen unaufgearbeiteten Emotionen zu tun. Wir Deutschen sind vielleicht auch nicht immer die besten Ratgeber bei aktuellen Nahost-Debatten, weil wir so viel Ballast mit uns herumschleppen.

Wollen Sie damit sagen, dass andere Nationen zivilisierter über dieses Thema sprechen?

Na ja, ich würde sagen, sie sprechen anders darüber. Jede Nation hat ihre eigenen, für sie typischen Reaktionen. In Großbritannien zum Beispiel spielt immer gleich die koloniale Vergangenheit und die Zeit als Mandatsmacht für Palästina eine Rolle. Auch dort werden die Diskussionen sehr schnell schroff geführt. Das konnte man bei den Antisemitismusvorwürfen gegen den früheren Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn beobachten.

Müssen wir nicht viel deutlicher klar machen, welche Regeln gelten sollen, wenn es um die Gefahr des antisemitischen Redens geht? Jüngst wurden sogar europaweite „ethische Standards“ dafür gefordert.

Das ist wegen der vorhin beschriebenen nationalen Unterschiede gar nicht so einfach. Gewisse Aspekte wie die Holocaust-Leugnung werden bei uns in Deutschland ja bereits strafrechtlich streng verfolgt, deutlich strenger übrigens als in anderen Staaten. Doch es wäre schon sinnvoll, wenn wir uns auf einige elementare Punkte einigen könnten. Also auf eine klare Unterscheidung zwischen Religion und Regierungspolitik und einen Verzicht auf die mit scheinbar historischen Motiven begründete Dämonisierung Israels und der Juden.

Könnten Sie noch etwas näher darauf eingehen, wo genau die Grenzlinie verläuft?

Nehmen Sie als Beispiel die oft zu lesende Forderung nach einem friedlichen Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Im Gegenteil: Welcher vernünftige Mensch würde das nicht befürworten. Wenn ich allerdings aus der linken, palästinafreundlichen Ecke gelegentlich lese, dass dieses „friedliche Zusammenleben“ mit einem Verschwinden der Juden oder mit ihrer vollständigen Entmachtung erreicht werden soll, dann sieht das natürlich deutlich anders aus und hat nichts mehr mit einer sinnvollen Debatte zu tun.

Neigt denn der Staat Israel selbst nicht auch manches Mal dazu, berechtigter Kritik mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu kontern?

Vom „Staat Israel“ würde ich in dem Zusammenhang nicht sprechen. Wenn Sie aber sagen, bestimmte politische Gruppen in Israel wie die Siedlerbewegung oder auch Ministerpräsident Benjamin Netanjahu verhalten sich so, dann kann ich das nachvollziehen. Das kann man kritisieren. Aber Sie sehen hier auch gleich wieder: Es kommt auf die Genauigkeit der Sprache an. Werfe ich einem ganzen Volk etwas vor oder einer abgrenzbaren Teilmenge.

Wie oft begegnet Ihnen als Antisemitismus-Forscher die Aussage, man dürfe ja heutzutage „gar nichts mehr sagen“, ohne gleich verteufelt oder aus der Diskussion ausgeschlossen zu werden?

Ich kenne das, vor allem aus rechten Kreisen. Meine Antwort lautet immer: Man muss nicht alles über Juden sagen wollen – zum Beispiel dann nicht, wenn es sich um die vorhin beschriebenen Vorurteile und die Dämonisierung handelt. Wir sollen zivilisiert und nicht verletzend miteinander umgehen. Das gilt für alle Bereiche des Lebens, auch außerhalb des Komplexes Antisemitismus.

Wir wollen doch nicht in einer Gesellschaft leben, in der sich alle ständig gegenseitig beschimpfen. Wenn ich solche Menschen treffe, frage ich sie, warum sie ihre Kritik ausgerechnet so verletzend formulieren wollen.

Es gibt aktuell einige Forderungen, den jungen Männern mit Migrationshintergrund, die häufig an vorderster Front von radikalen Demos stehen, müsse mehr die spezielle historische Situation und Verantwortung von Deutschland angesichts des Holocaust erklärt werden.

Da habe ich meine Zweifel. Bei den von Ihnen beschriebenen jungen Männern handelt es sich regelmäßig um Vertreter der zweiten oder dritten Migrantengeneration mit türkischer oder palästinensischer Herkunft. Die wissen genau, was sie tun und wie sie damit die deutsche Öffentlichkeit aufbringen können. Sie haben ja das hiesige Bildungssystem durchlaufen.

Aber was tut man dann?

Durch weitere Aufklärung über den Nationalsozialismus erreichen sie bei dieser Gruppe vermutlich wenig. Das ist nicht die Lebens- und Familiengeschichte dieser jungen Männer. Wir können mit ihnen nicht über unsere eigenen Großväter und deren historische Schuld sprechen. Sinnvoller wäre es, bei den Erfahrungen der Ausgrenzung anzufangen, die sie selbst erlebt haben. Davon ausgehend könnte man ihnen die jahrhundertealte Geschichte des Antisemitismus vermitteln, die weder im Nationalsozialismus begonnen hat noch danach beendet war. Ich könnte mir vorstellen, dass dann eher ein Begreifen einsetzt. Sicher nicht bei allen, aber doch bei einem größeren Teil von ihnen. Und damit wäre ja schon viel erreicht.

INTERVIEW: HARALD BAUMER

„Es werden jahrhundertealte Vorurteile aufgerufen“

„Diskussionen werden sehr schnell schroff geführt“